

Wirtschaft



Erfolg von Minergie
Dank dem Baustandard spart die Schweiz viel Heizöl. 14

Das einstige Vertrauen der Schweizer in die Wirtschaft ist dahin

Ecopop und Goldinitiative sind Zeugen einer wachsenden Entfremdung der Bevölkerung gegenüber der Wirtschaft. Wie lässt sich dieser Graben überwinden?

Markus Diem Meier

Ende Monat stehen erneut zwei Abstimmungen an, deren Annahme für die Schweizer Wirtschaft drastische Konsequenzen hätte: Ecopop und die Goldinitiative. Auch im Kontext von weiteren Vorlagen erscheinen sie wie ein Misstrauensvotum der Bevölkerung gegenüber der Wirtschaft. Ähnliches gilt für die 1:12- oder die Minder-Initiative, die beide gegen die Spitzenverdiener gerichtet waren. Noch mehr Bedeutung hat aber die Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar. Sie wurde angenommen, obwohl klar war, dass damit die bestehenden bilateralen Verträge mit der EU stark gefährdet werden.

Das alte und in der Schweiz von einer stabilen Mehrheit akzeptierte Prinzip «Was der Wirtschaft nützt, nützt auch den Bürgern» ist am Bröckeln. «Ich teile die Einschätzung, dass ein Teil des einstigen wirtschaftspolitischen Konsenses in der Schweiz heute infrage gestellt wird», sagt etwa Wolf Linder. Wenige kennen die Entwicklung der Schweizer Politlandschaft besser als der mittlerweile pensionierte Politikprofessor der Universität Bern.

Für Linder zeigt sich die veränderte Haltung gegenüber der Wirtschaft auch an der dritten Abstimmung vom kommenden 30. November: jener zur Pauschalbesteuerung. «Früher wäre ein solches Anliegen in der bürgerlichen Schweiz wohl von vornherein chancenlos geblieben.» Um die Wirtschaftsfreundlichkeit der Schweizer Stimmbürger zu versinnbildlichen, verweist Linder auf die Ablehnung einer zusätzlichen Ferienwoche an der Urne. «Ein solches Resultat würde in anderen Ländern kaum zustande kommen.»

Auch Heinz Karrer, seit Sommer 2013 Präsident des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, stellt eine «gewisse Entfremdung» zwischen Wirtschaft und Bevölkerung fest. Und auch er sieht die vielen Initiativen unter anderem als Ausdruck eines Vertrauensverlusts. Allerdings glaubt er nicht, dass dieser nur die Wirtschaft betrifft: «Ganz generell kann man beobachten, dass wichtige Institutionen wie Kirche, Armee, Politik oder Wirtschaft in der Gesellschaft an Bedeutung eingebüsst haben.»

Karrer sieht Handlungsbedarf

Dennoch bestreitet Heinz Karrer nicht, dass auch bei den Wirtschaftsverantwortlichen Handlungsbedarf besteht: «Das Thema Vertrauen wird für uns immer wichtiger», sagt er. «Denn Wirtschaft erfüllt keinen Selbstzweck.» Der Präsident von Economiesuisse ist erfreut festzustellen, wie sehr gerade auch die Spitzen grosser Konzerne für das Thema sensibilisiert seien. Dabei verweist er auf einen NZZ-Artikel von Paul Bulcke. Der Chef des Nahrungsmittelmultis Nestlé schreibt dort Folgendes: «Wenn es Unternehmen gelingt, Wert für die Gesellschaft zu schaffen, gelingt es ihnen vielleicht auch, das Vertrauen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft wiederherzustellen, das durch die Finanzkrise stark gelitten hat.» Unternehmen müssten wieder das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellen und «Abschied nehmen von der Fokussierung auf den kurzfristigen Gewinn».

Artikel wie der von Bulcke sind Beispiel für den neuen Kommunikationsstil, den sich Economiesuisse-Chef Heinz Karrer von den Schweizer Wirtschaftsführern generell wünscht. Früher war es für die Wirtschaftsvertreter leichter, ihre Anliegen durchzusetzen, wie Karrer beschreibt: «Etwas vereinfacht formuliert, haben sich einst zwei bis drei Wirtschaftsführer zusammengesetzt und etwas beschlossen. Das wurde dann ins Parlament getragen, und die Bevölkerung hat dem zugestimmt. Das funktioniert heute nicht



Das traditionelle Prinzip «Was der Wirtschaft nützt, nützt auch den Bürgern» bröckelt. Foto: Sigi Tischler (Keystone)

«Früher haben Wirtschaftsakteure das Umfeld, in dem sie verankert waren, stark berücksichtigt.»

Wolf Linder, Politologe

mehr.» Für Heinz Karrer ist daher klar: «Ohne echte Dialogbereitschaft und Kommunikation fehlt die Grundlage dafür, dass die Wirtschaft die Öffentlichkeit gewinnen kann.» Die Menschen sollten laut Karrer wieder merken, «dass die wirtschaftliche Entwicklung auch ihnen zugutekommt und dass es sich bei den Wirtschaftsführern nicht um eine abgehobene Elite handelt». Die Verantwortlichen seien Menschen «wie du und ich», Teil derselben Gesellschaft.

Genau das scheint heute aber nicht mehr gleich zu funktionieren. Die Vorstellung, dass es einen generellen Vertrauensverlust gegenüber der Wirtschaft geben soll, ist dem an der Universität Zürich lehrenden Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann «zu diffus». Der Vertrauensverlust beziehe sich ganz spezifisch auf die zwei Bereiche Personenfreizügigkeit und die Spitzenlöhne. Hier hat sich die ablehnende Haltung der Bevölkerung auch am deutlichsten und erfolgreichsten in Initiativen manifestiert. Die Spitzenlöhne bei Grosskonzernen standen dabei symbolisch dafür, dass sich einige Wirtschaftsführer von allgemeinen Massstäben der Verhältnismässigkeit verabschiedet haben.

Der Politologe Wolf Linder beschreibt das so: «Früher haben Wirtschaftsakteure das Umfeld, in dem sie verankert waren, stark berücksichtigt. Das geht beim reinen Renditedenken zunehmend verloren. Damit verliert ein Teil der Unternehmerschaft den politischen

Rückhalt.» Zur Idee der völligen Personenfreizügigkeit meint der Wirtschaftshistoriker Straumann, sie sei ein «Bürokratenprojekt, das kaum ein Land hundertprozentig umsetzen kann». Sie habe viel einschneidendere Konsequenzen als die völlige Handelsfreiheit von Gütern.

Letztlich dominiert laut dem Politologen Linder bei der Elite die Vorstellung, dass die moderne Globalisierung mit der Personenfreizügigkeit dem Land insgesamt nütze und damit eigentlich von allen Bürgern begrüsst werden müsste. Doch bei diesen mehren sich die Zweifel: Exorbitante Löhne an den Spitzen von Grosskonzernen genauso wie die Orientierung an kurzfristigen Gewinnen sind Konsequenzen der internationalen Ausrichtung. An den weltweiten Kapitalmärkten orientiert man sich an den Vierteljahreszahlen von Unternehmen und noch weit kurzfristigeren Entwicklungen. Aber vor allem die Personenfreizügigkeit wird mittlerweile selbst bis in die Mittelschichten als Bedrohung in mehrfacher Hinsicht wahrgenommen.

Die Nachteile eingestehen

Obenaus schwingen die Sorgen vor einem wachsenden Lohndruck oder um die Chancen, künftig noch in einem lebenswerten, überschaubaren und bewältigbaren Umfeld leben zu können. Es wächst die Angst vor dem Verlust der Gestaltungsmöglichkeiten und des Zusammenhalts im vertrauten Umfeld.

Der Politologe Wolf Linder sagt dazu: «Die Globalisierung und die Europäisierung haben Vorteile, aber auch viele Verlierer.» Das müsste man sich seiner Ansicht nach bei den Wirtschaftsverbänden einmal eingestehen, sonst könne kein Vertrauen wachsen. Jetzt sei es einzig die SVP, welche dieses Thema bewirtschaftete - auch wenn sie keine echten Lösungen präsentiere. Die Initiativen haben dabei laut Wolf Linder eine ganz besondere Bedeutung: «In der Schweiz

entwickeln sich die Volksrechte zunehmend gegen die heutige Form der Globalisierung, die man so aushebeln will.»

Einen Tag pro Jahr Zeit nehmen

Die geringere Überzeugungskraft der Wirtschaft hat aber auch mit dem kleineren Einfluss der entsprechenden Verbände wie Economiesuisse zu tun. Der Präsident des «Vororts» - die Vorläuferorganisation von Economiesuisse - galt einst als achter Bundesrat. Dieser Machtverlust ist ebenfalls eine Folge der Internationalisierung der Wirtschaft: «Während früher hinter einem Verband eine Vielzahl von Firmen stand, sind es heute einzelne Konzerne, die alles andere in den Schatten stellen», sagt Wolf Linder.

Dazu kommen die Gegensätze zwischen der Exportwirtschaft und den tendenziell eher kleineren Unternehmen mit Fokus auf die Binnenwirtschaft - wie das Gewerbe. Dieser Teil der Wirtschaft steht der SVP und ihrer Politik besonders nahe. Heinz Karrer versucht das zu relativieren: «Die Gegensätze gab es schon früher.» Doch der Economiesuisse-Präsident gesteht auch ein: «Wenn alles schwieriger wird, dann schaut jeder tendenziell mehr für sich.»

Der Chef des Wirtschaftsdachverbandes ist sich des enger gewordenen Gestaltungsspielraums bewusst. Dennoch bleibt er optimistisch, das Vertrauen der Bevölkerung wieder gewinnen zu können: «Es sind viele filigrane Massnahmen, mit denen wir der Entfremdung entgegenwirken können. Wir gleisen Dutzende Massnahmen auf und haben noch viele Ideen.» Als Beispiel nennt er den Plan, dass Wirtschaftsführer sich einmal im Jahr einen Tag Zeit nehmen, um etwa an Schulen, in Gemeinden oder anderswo für Vertrauen in die Wirtschaft zu werben. «Es ist eine ganz andere Partizipation der Wirtschaft an den öffentlichen Debatten notwendig als bisher», sagt er.

«Es gibt Freibier, aber niemand soll sich betrinken»

Immobilien spezialist Donato Scognamiglio warnt vor einem Überangebot im Wohnungsbau - aber auch vor weiterer Regulierung.

Adrian Sulc

«Das Geld ist heute gratis, deshalb lohnt sich heute jeder Bau, der mehr Rendite bringt als null.» Dies sagte Donato Scognamiglio, Chef des Immobilienberaters Iazi und Lehrbeauftragter an der Universität Bern, gestern am Immobilienkongress in der Bundesstadt. Wegen der Tief- und Nullzinspolitik der Notenbanken seien die Anreize fürs Erstellen neuer Miet- und Eigentumswohnungen hoch. Gleichzeitig treffen Politik und Nationalbank Massnahmen, um das Immobilienwachstum zu verlangsamen. Und sie machen Druck auf die Bankbranche, sich selbst strengere Regeln aufzulegen.

Scognamiglio schilderte die Situation so: «Es gibt Freibier, aber niemand soll sich betrinken.» Sprich: Es gibt zwar neue Regeln, doch das Geld bleibt verlockend günstig. Und er kritisierte die Massnahmen - antizyklischer Kapitalpuffer und höhere Mindestanforderungen für Hauskäufer - als zu allgemein, als dass sie auf die gesamte Schweiz angewendet werden dürften: «Wenn es am Genfersee brennt, muss nicht in Langenthal die Feuerwehr auffahren.» Denn Überhitzungen seien im Schweizer Immobilienmarkt nur lokal zu finden - am Genfer- und am Zürichsee und teilweise in der Innerschweiz.

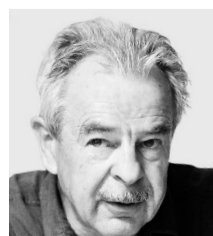
Der gesamtschweizerische Markt sei zwar «etwas heiss» - doch stelle man die Preissteigerungen im Verhältnis zur Lohnentwicklung, «sieht es gar nicht so schlecht aus». Zudem habe sich die Preisentwicklung weiter abgekühlt. Preissteigerungen von über 4 Prozent für Wohneigentum habe sein Unternehmen dieses Jahr nur noch in den Kantonen Obwalden, Schaffhausen, Tessin und Neuchâtel festgestellt.

Bald 80 000 Wohnungen zu viel?

Scognamiglio gab hingegen zu bedenken, dass schweizweit 80 000 Wohnungen im Bau seien. Solange 80 000 Einwanderer pro Jahr kämen, würden die neuen Wohnungen vom Markt absorbiert. Werde jedoch die Zuwanderung eingeschränkt, werde es Preiskorrekturen nach unten geben - «auch bei Liegenschaften, die vermietet sind». Er habe Angst davor, so Scognamiglio, dass die Politik den Banken strengere Bewertungsmaßstäbe aufzwingen werde. Denn dies würde dazu führen, dass viele Leute plötzlich einen Teil ihrer Hypothek zurückzahlen müssten, was dann erst recht zu einer Immobilienkrise führen könnte.

Lohnverhandlungen abgebrochen

Der Konflikt auf Schweizer Baustellen spitzt sich zu: Nur einen Tag nachdem die Gewerkschafter mit einer Aktion in Luzern die Baumeister noch einmal an einen gemeinsamen Tisch holen wollten, haben diese die Lohnverhandlungen definitiv abgebrochen. Beide Seiten werfen sich gegenseitig die Schuld vor. Die Lohnrunde 2015 mit den Gewerkschaften Unia und Syna war vom Zentralvorstand des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) bereits vor einem Monat für gescheitert erklärt worden. Nun untermauert dessen Delegierten den Entschluss einstimmig. Die Baumeister finden gegenüber der Unia zum wiederholten Mal scharfe Worte: Sie betreibt seit Mitte September «eine systematische Nadelstichtaktik auf Baustellen». Die Unia reagierte ungehalten auf den Verhandlungsstopp der Baumeister: «Dies ist eine schallende Ohrfeige für alle Bauarbeiter», sagte der Leiter des Sektors Bau der Unia, Nico Lutz, auf Anfrage. (sda)



Wolf Linder
Politologe



Tobias Straumann
Wirtschaftshistoriker



Heinz Karrer
Präsident
Economiesuisse